



GERHARD STEININGER

Unlängst hat sich ein Autor in der beliebten *Ich-Kolumne* der SN Gedanken darüber gemacht, wie *Bruno Kreisky* es einst mit der Wahrheit gehalten habe. Nun, daran war nichts Geheimnisvolles. Wenn er etwas sagte und dabei die Brille abnahm (was er den ganzen lieben Tag und die halbe Nacht unentwegt tat), war das eine Lüge, die er aber in dem Augenblick, in dem er die Brille wieder aufsetzte, *selbst glaubte*.

Das war jetzt natürlich ein blöder Witz. Kreiskys Verhältnis zur Wahrheit

war, entgegen allen Verleumdungen, streng reguliert, denn es basierte auf der juristischen *clausula rebus sic stantibus*. Diese Klausel erlaubt eine Vertragsänderung dann, wenn sich die Geschäftsgrundlage ändert.

Man kann das an einem Modellfall darstellen. Kreisky sagte einmal einem SN-Reporter: *Solange ich regiere, wird rechts regiert!* Keine 24 Stunden später sagte er einer VN-Reporterin: *Das habe ich nie gesagt!* Was war nun die Wahrheit? Ganz einfach: *Beides*. Jenes hatte der Kanzler am *Dienstag* im *Kanzleramt* gesagt, dieses am *Mittwoch* im *Parlament*, womit die Umstände sich völlig geändert hatten.

Weil wir gerade beim Thema *Lüge und Wahrheit* sind (welches hier auch in der vorigen Woche behandelt worden

war): Der *Steinkauz* regt an, dass die politologischen und publizistischen Moraljunkies einmal praxisnah untersuchen, inwieweit *Lüge* in der Realpolitik erlaubt ist, wenn die Wahrheit den Politiker oder seine Politik gefährdet?

Dazu noch ein Modellfall. Finanzminister *Androsch* hatte das Defizit 1981 (2,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts) wieder in den Griff bekommen. Unter seinem Nachfolger *Salcher* stieg es bis 1983 wieder auf 4,5 Prozent. Es musste etwas getan werden. Kreisky beschloss, den Leuten nicht vorzuflunkern, dass es für die Jahre 1984 ff. ohne Belastungen abgehen werde, sondern kündigte das *Mallorca-Paket* (inklusive *Sparbuchsteuer*) an. Opposition und Medien zerrissen ihn in der Luft. Er hat nicht gelogen, aber die Absolute verloren.

Die komplexeste Lüge der jüngeren Zeitgeschichte war nach Ansicht des *Kauzes* die Ankündigung von ÖVP-Obmann *Schüssel* gewesen, in die Opposition zu gehen, falls die Partei bei der Nationalratswahl 1999 nur drittstärkste Kraft werde. Sie wurde Dritte, der Rest ist Geschichte.

Interessant war die differenzierende Reaktion der sogenannten Zivilgesellschaft. Nachsichtig, als *Schüssel* sein Versprechen in den Armen der SPÖ brechen wollte; rabiatiert, als er es mit der FPÖ tat. Was wir leider nie wissen werden, ist: Wie wäre reagiert worden, hätte *Schüssel* sein Versprechen gehalten und Österreich damit der *Unregierbarkeit* ausgeliefert?

Ihre Meinung? salzburg.com/meinung